



Keine Wahl - Wir sind die Guten!

Einladung zur Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA Brandenburg 2005 im Haus der Natur in Potsdam

Am Samstag den 5. November 2005 findet im Versammlungsraum (1. Stock) des Hauses der Natur in Potsdam, Lindenstraße 34, unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Beginn ist um 10.00 Uhr. Das Einführungsreferat zum diesjährigen Thema Klimawandel hält Herr Dr. Manfred Stock vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Ab 11.00 Uhr wird Dr. Felix Matthes einen Vortrag zur nachhaltigen Energiewirtschaft in Brandenburg halten. Nach der Mittagspause beginnt um 13.00 Uhr der offizielle Teil unserer Mitgliederversammlung.

- 13.00 Uhr - Formeller Einstieg
 - Festlegung der Moderation und der Protokollführung
 - Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - Abstimmung der Tagesordnung
- 13.10 Uhr - Rechenschaftsbericht 2005
 - Bericht der GF über die Vereinstätigkeit
 - Gesellschaftertreffen Landesbüro
 - Bestätigung der Gremienvertreter
- 14.00 Uhr - Finanzbericht und Haushaltsplan
 - Finanzbericht 2004
 - Bericht der Revisionskommission
 - Bestätigung des Haushaltes 2005
- 15.00 Uhr - Kaffeepause
- 15.30 Uhr - Beschluss der Mitgliederversammlung zur Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Ursula und Werner Domain/Horno
- 15.40 Uhr - Laudatio zur Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Fam. Domain/Michael Gromm
- 16.00 Uhr - Verleihung der Ehrenmitgliedschaft
- 16.15 Uhr - Vorführung des Filmes "Lacoma und der Konzern – ein energiepolitisches Gesellschaftsspiel"
- 18.15 Uhr - Gemütliches Beisammensein

Mitteilung der Geschäftsführung

Liebe Libell-Leserinnen, liebe Libell-Leser,

der Sommer, der keiner war, ist einem schönen Herbst gewichen. Die länger werdenden Abendstunden bieten Zeit, wieder eines dieser eckigen Dinge in die Hand zu nehmen. Genau, es geht um Bücher und daher möchten wir in diesem Libell auch einige interessante Neuerscheinungen vorstellen. Egal ob "Horno-verkohlte Insel des Widerstandes" von Michael Gromm, "Wann kommt die nächste Flut" von Dieter Lehmann oder "Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform" von Klaus Hugler und Hans Diefenbacher, alle Neuerscheinungen befassen sich mit aktuellen Arbeitsgebieten der GRÜNEN LIGA und natürlich sind sie auch als Weihnachtsgeschenke sehr zu empfehlen. Ebenso wie die Selbstbiographie von Reimar Gilsenbach (Wer im Gleichschritt marschiert geht in die falsche Richtung) der am 16. September 80 Jahre alt geworden wäre oder das neue Taschenbuch über Rudolf Bahro "Glaube an das Veränderbare", das zu seinem 70. Geburtstag in diesem Jahr erschienen ist.

Wie in jedem Herbst ist zwar noch etwas Jahr, aber kein Geld mehr übrig. Auch im Jahr 2005 sind wir auf Spenden unserer Leser angewiesen um die sechste Doppelausgabe fertigstellen zu können. Der kommende "Weihnachtslibell" wird sich schwerpunktmäßig mit dem Thema "ökologisches Bauen" beschäftigen und von unserer Mitgliedsgruppe "Bund

INHALT	Der Lügenonkel Vattenfall als Partner? Seite 3	„Gendreck weg“ Berichte zur Aktion Seite 4	Annemarie Friedrich Großmutter der FH verstorben Seite 7	Bücher, Bücher Bücher Seite 8 - 11
--------	--	--	--	--

Architektur und Umwelt" vorbereitet. Das soll dann schon in unserem Ausweichquartier in der Lindenstraße 24-28 geschehen. Für etwa sechs Monate werden wir im ehemaligen "Haus der Jugend" Quartier beziehen, da unser jetziges Domizil saniert und das Dachgeschoss zu einem Tagungssaal für Brandenburgs Umweltverbände ausgebaut wird. Die feierliche Rückkehr ins Haus der Natur ist für Mai 2006 geplant.

Kein Grund zum Feiern sind neue Nachrichten aus der Umweltpolitik. Geplant sind neue Einschnitte beim Brandenburgischen Naturschutzgesetz und eine Umstrukturierung im Umweltministerium inklusive Stellenabbau. Weiterhin sollen die Naturparke einen neuen Träger finden und maßgeblich Personal einsparen. Das Einvernehmen wird durch das Benehmen ersetzt und das Verbandsklagerecht soll weiter eingeschränkt werden. Wir werden also noch gebraucht.

- Norbert Wilke

Betrifft den beiliegenden Flyer!

(betrifft nur Potsdam und Umgebung)

Liebe LeserInnen,

wie ihr vielleicht wisst, unterstützen wir den Verein "Potsdamer Regional e.V." bei der Einführung eines Regionalgeldes für Potsdam und Umgebung. Auch die GRÜNE LIGA Brandenburg e.V. hat bereits ihre Interessenerklärung abgegeben, was konkret bedeutet, dass geplant ist, demnächst die Vereinsbeiträge auch in „Havelblüten“ zu akzeptieren. Wir halten das Vorhaben für eine gute Sache und bitten euch daher auch darüber nachzudenken, inwieweit es für euch Sinn machen würde, das Projekt zu unterstützen. Bei Fragen könnt ihr euch gerne an uns, oder gleich an den im Flyer genannten Kontakt wenden. Das Projekt startet, wenn mindestens 75 Unternehmen bzw. Organisationen gefunden sind, die ihr Interesse an einer Teilnahme bekunden. Also macht auch ruhig etwas Werbung :-)

- Norbert Wilke

Ramschecke

Die GRÜNE LIGA gibt folgende Dinge gegen eine Spende ab:

mehrere **Milchdispenser** der Firma „FRILICH“ für stille Getränke wie Milch, Saft, Wein.

Ausgelegt für 20/24 Liter Gebinde, ausgestattet mit original FRILICH Druckzapfverschluss, nichtrostender, säurebeständiger Edelstahl, leistungsstarke Kompressorkühlung, abschließbare Türverriegelung.

Außenmaße: Höhe 870 mm, Breite 355 mm, Tiefe 415 mm

Innenmaße: Höhe 490 mm, Breite 295 mm, Tiefe 265 mm + 15 mm Tür

Innentankvolumen 30 Liter, Kälteleistung – 5° C, regelbare Kühlleistung ab + 2° C

220 Volt, 94 Watt, Gewicht 31 Kilo zzgl. diverser Zusatzgeräte (Lieferjahr 1995, Neuwert 1.280 DM)

1 x **Bürofalzer** Falzautomat FKS 3500 S
Anschaffungswert 906 Euro

1 x **Rüttler** FKS Grafi
Anschaffungswert 570 Euro

1 x **Magnetwandtafel**
Anschaffungswert 130 Euro

1 x **Druckmaschine abzugeben**

Die GRÜNE LIGA Brandenburg hat einen Gestetner Copy Printer 5375 abzugeben.

Umwelt-Schweineerei in Haßleben verhindern

Die Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg, CORNELIA BEHM, hat die Landesregierung im Hinblick auf das Genehmigungsverfahren für die geplante Schweinemastanlage in Haßleben aufgefordert, eine Richtungsentscheidung für den Umweltschutz und die artgerechte Tierhaltung zu treffen. „Das Land muss sich entscheiden: Will es umweltschädigende Agrarfabriken, die Billigfleisch produzieren, oder die nachhaltige Entwicklung kleiner und mittlerer Agrarbetriebe, die auf 'Klasse statt Masse' setzen? Will sie eine artgerechte Tierhaltung forcieren oder den Tierschutz nur in Sonntagsreden predigen?“

„Ich fordere vom Landesumweltamt, dass es bei der anstehenden Erörterung der rund 1200 Einwendungen gegen die Schweinemastanlage Umweltschutzbelangen das nötige Gewicht beimisst. Ich sehe im Fall von Haßleben große Gefahren durch die Ausbringung der anfallenden Gülle und die immense Zunahme des LKW-Verkehrs durch An- und Abtransporte. Nach meiner Überzeugung würde eine Genehmigung der industriellen Schweinemast der Region einen Bärendienst erweisen.“

Durch die Schweinezucht zu DDR-Zeiten vorbelastete Böden würden weiter versauern, nahe Naturschutzflächen wie der Kuhzer See oder die Charlottenhöhe erneut bedroht. Güllegestank und LKW-Lärm stellen eine ernste Gefahr für den Fremdenverkehr in der Region dar. Hoffnungen auf den Arbeitsplatzeffekt der Schweinemastfabrik sind deshalb trügerisch. Ich gehe davon aus, dass durch Gestank, Lärm, Umweltzerstörung und Billigkonkurrenz mehr Jobs im Fremdenverkehr und bei kleinen Agrarbetrieben kaputt gehen als durch die Investition neu entstehen. Und auch aus Gründen des Tierschutzes ist die Massentierhaltung nicht zu rechtfertigen: Kunstlicht, abgeschliffene Zähne, hohe Dosen an Medikamenten und Desinfektionsmitteln - Tieren solche Lebensbedingungen zuzumuten ist eine Schweineerei.“

- MdB Cornelia Behm

Tel.: 0331-979 31 12 Fax: 979 31 19
www.gruene-brandenburg.de

Zur Bundestagswahl

Wir haben aus aktuellem Anlass eine 36 minütige DVD über den Kampf des Politikers Dr. Hermann Scheer für die erneuerbaren Energien produziert.

Der Film in einer limitierten Auflage von 10.000 Stck. für 5,00 EUR incl. Versand zu beziehen unter:

www.was-die-oeffentlich-rechtlichen-nicht-bringen.de

Wir bitten Sie, den Link www.was-die-oeffentlich-rechtlichen-nicht-bringen.de über Ihren Emailverteiler weiterzugeben, oder den Werbebanner auf Ihrer Internetseite / Newsletter einzubinden. Auch nach der Wahl sind die Aussagen des Sonnen-Strategen von Bedeutung.

Wer das Engagement des Politikers unterstützen will, kann auf den Link klicken.

Mit herzlichem Dank und freundlichen Grüßen

- Vivien Treuleben
Tiamat Filmproduktion

Der Lügenonkel Vattenfall - Partner der Region? (Artikel aus der „blicklicht“)

Unsere Region hat einen guten Onkel aus Schweden, der ihr nur Gutes tut. Und der prima Geschichten erzählen kann. Aber erzählt uns Onkel Vattenfall immer die ganze Wahrheit? Hin und wieder lohnt es, sich mal nicht bei den kleinen regionalen Lügen (über die Lacomaer Teiche und so) aufzuhalten, sondern das große Ganze in den Blick zu nehmen.

Onkels Geldtresor

Onkel Vattenfall ist reich, kein Zweifel. Allein im ersten Quartal erreichte das operative Ergebnis von Vattenfall Europe schon fast die Höhe des gesamten Vorjahres. Im Jahre 2004 wurden 545 Millionen Euro erzielt, im ersten Quartal 2005 schon 470 Mio Euro (vgl. Morgenpost 30 Juni 2005 „Vattenfall investiert kräftig“). Der Trick war im Wesentlichen, dass weltweite Preissteigerungen von Öl und Gas von den deutschen Stromkonzernen auf die allgemeinen Strompreise übertragen wurden, obwohl die eigenen Kosten, z.B. bei der Braunkohlenutzung nicht gestiegen sind und mehr als 80 % der Stromerzeugung in Deutschland von Öl- und Gasimporten unabhängig ist. Der europaweite Handel führte im Extremfall dazu, dass Versorgungsengpässe in Spanien auch die deutschen Strompreise in die Höhe trieben, ohne dass hier tatsächlich ein Mangel eingetreten war. Wahrlich kein Standortvorteil für Deutschland. Die Industrieverbände protestierten lautstark (vgl. FAZ 8.7. 2005, „Industrie hält die Strombörse für einen manipulierten Markt“; Der Spiegel 27/2005 „Manipulierte Strompreise“), aber Onkel Vattenfall hat ein dickes Fell. Na ja, wenigstens ein deutscher Wirtschaftszweig, der floriert? Irrtum, die Kasse klingelt in Schweden. Jedes Jahr findet eine Hauptversammlung der Muttergesellschaft in Stockholm statt, in der dem einzigen Aktionär, dem schwedischen Staat der Gewinn ausgeschüttet wird. Ironie des Schicksals: Das Bundesberggesetz (Es ermöglicht dem Bergbau Vorrang vor anderen Landnutzungen bis hin zur Enteignung von Grund und Boden) wurde seinerzeit zum Schutz der deutschen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz geschaffen.

Der profitable Mix

Onkel Vattenfall ist für einen gesunden Energiemix, in dem auch die Atomkraft eine Rolle spielt. Dass seine Bergbauchefs den Atomausstieg seinerzeit bejubelt haben, ist genau seit dem Zeitpunkt nicht mehr wahr, seit dem vier HEW-Atomkraftwerke mit zum Unternehmen gehören. Dass genau diejenigen Konzerne um eine Laufzeitverlängerung pokern, die damals den Atomkonsens selbst unterschrieben haben, brachte den stellvertretenden SPD-Fraktionschef Michael Müller soweit, den Vattenfall-Vorstand öffentlich als „keine verlässliche Vertragspartei“ zu bezeichnen. (Pressemitteilung der SPD-Fraktion, 8.Juli 2005)

Der böse Wind

Onkel Vattenfall erzählt uns, dass der böse Windkraftstrom seine Netze so stark belastet, dass er nun gezwungen ist, aus der eigenen Tasche eine Stromleitung quer durch Thüringen zu bauen, damit der in Ostdeutschland im Überfluss erzeugte Windstrom zum den Verbrauchern im Westen kommen kann. Klar, dass skrupellose Windkraft-Geschäftemacher das arme Onkelchen dabei mächtig über den Tisch ziehen. Moment mal. Wer lange genug über diese Argumentation nachdenkt, der fragt sich irgendwann, was da bei Braunkohlenstrom eigentlich anders ist. Ostdeutschland hat in Form der Braunkohlenblocks jede Menge Grundlast-Kraftwerkskapazität, aber entsprechende Grundlast-Abnehmer (energieintensive Industrien) sind hier längst Mangelware geworden. Fakt ist also, dass eine Stromleitung quer durch Thüringen noch in viel größerem Maße Braunkohlenstrom nach Westen „exportieren“ würde als Windkraftstrom. Fakt ist auch, dass zum Beispiel der Neubau eines Kraftwerksblockes in Boxberg für seine Auslastung und Rentabilität diesen Verkauf des Strom nach Westdeutschland und ins Ausland benötigt. (Nicht umsonst wurden beide Investitionen in etwa gleichzeitig bekanntgegeben.)

a lignite platform

Jeffrey Michel prägt in seiner Studie „status and impacts of the german lignite industry“ den Begriff von Ostdeutschland als einer Braunkohlen-Plattform, analog den Ölplattformen in der Nordsee: die Ausbeutung der Rohstoffe steht im Vordergrund, der Strom geht nach Westdeutschland, der Profit nach Schweden. Und Regionalpolitiker lassen sich bei diesem Milliardengeschäft vergleichsweise mit peanuts abspeisen und sind froh, wenn überhaupt etwas bewegt wird, und sei es der Abraum, auf dem Lausitzer Dörfer stehen. Dabei gibt es eigentlich einen versteckten Interessenwiderspruch: die Regionalpolitiker wollen eine lebendige Region, während dem Konzern (Was immer seine Mitarbeiter persönlich darüber denken mögen) eine weitere Entvölkerung seiner Rohstoffplattform eher zu pass kommt. Umso leichter hat er die Verbleibenden durch ein paar gesicherte Arbeitsplätze absolut im Griff, wenn sie aufmucken sollten.

Widerstand ist zwecklos!

Überhaupt, der Kraftwerksneubau. Zu den Strategien großer Konzerne gehört es, Ort und Zeit wichtiger Entscheidungen zu verschleiern. Noch Ende April 2005 sagte Herr Joseffson persönlich in Stockholm, die Entscheidung über die Investition werde im Aufsichtsrat fallen und das nicht vor Sommer. Mit Hilfe der Medien war zu dieser Zeit hierzulande längst der Eindruck hergestellt, der Block komme definitiv, alles sei klar. Mit dem wohl beabsichtigten Effekt, dass Betroffene in der Schleifer Region, wo der neue Braunkohlenblock bald nach weiteren Umsiedlungen (Rohne, Mulkwitz, Mühlrose, teilw. Schleife) rufen wird, sich kaum noch eine eigene Meinung bildeten, geschweige denn sie gegenüber Politikern, Aufsichtsrat oder Öffentlichkeit vertraten. Stattdessen wurde die Investitionsentscheidung als gottgegeben hingenommen, noch bevor sie in Wirklichkeit da war. Überhaupt ist, wenn es um Bergbau geht, ja immer alles schon entschieden und eine eigene Meinung zwecklos. Was noch nicht entschieden ist, liegt noch in zu weiter Ferne, um darüber zu diskutieren. Einen ergebnisoffenen Zustand dazwischen gibt es in der politischen Diskussion um Tagebaue so gut wie nie.

Alles meine!

Ein „squeeze-out“ bedeutet, dass ein Aktionär, der 95% der Aktien hält, die anderen (zwangsweise) auszahlen und deren Anteile übernehmen kann. Vattenfall Europe hat bei seiner Gründung lästigerweise jede Menge Kleinaktionäre übernommen (z.B. ehemalige Mitarbeiter von BEWAG und HEW, die Anteile erworben hatten). In allen Aktionärsversammlungen bisher wurde ihnen versichert, dass ein squeeze-out nicht vorgesehen sei, zuletzt am 29.Juni 2005. Als Vorstandsvorsitzender konnte Herr Rauscher an diesem Tag natürlich nicht die geringste Ahnung davon haben, dass sich der schwedische Mutterkonzern gleichzeitig gerade durch Ankäufe am Markt über die 95%-Grenze schummelte. Am 3. August wurde das squeeze-out-Verfahren mit einem Fax der Schweden an die deutsche Konzernzentrale eingeleitet. Das Rauskicken der Kleinaktionäre las sich in der Lausitzer Rundschau natürlich recht positiv, als verstärktes Engagement des Unternehmens in Deutschland. (obwohl dadurch noch mehr Kapital abwandert!) Erster Vorteil: bald keine kritischen Stimmen mehr auf Aktionärsversammlungen (eine letzte ist leider noch vorgeschrieben). Zweiter Vorteil: die oben erklärten Gewinne müssen bald mit niemandem mehr geteilt werden und können zu 100 % nach Schweden fließen. Auch im schlechten Westen wird nach einem gelungenen Banküberfall erstmal die Zahl derer dezimiert, mit denen man teilen müsste. Das Aktienrecht bietet dazu eine schonende und legale Methode. Ist es nicht bewundernswert, wie Onkel Vattenfall es schafft, seine Kunden mitsamt ihren gewichtigen Wirtschaftsverbänden, seine Partner-Plattformregion, die noch Regierungsfraktion und sogar seine eigenen Aktionäre zu beschummeln und trotzdem noch fest im Sattel zu sitzen? Kleinere Gauner können viel von ihm lernen. Ehrliche Menschen sollten den Stromanbieter wechseln.

- René Schuster

Berichte zu den „Gendreck weg“ Feldbefreiungen im August in Brandenburg

„Gendreck-Feldbefreiung erfolgreich“ Strausberg-Hohenstein, 1. August 2005

Auch wenn nicht alle Feldbefreier den Monsanto-Genacker von Bauer Piprek erreicht hatten, gelang es doch einigen der über 300 Teilnehmer, auf den umstrittenen Acker zu gelangen. Eine Fläche von 600 m² wurde durch Herausreißen der Pflanzen unschädlich gemacht. Mit einem massiven Großaufgebot von mehreren Hundertschaften, Pferden und Hundestaffeln, sowie Hubschraubern versuchte die Polizei, das umstrittene Feld im brandenburgischen Naturpark „Märkische Schweiz“ in Hohenstein zu schützen. Auch die massive Polizeipräsenz schreckte die Feldbefreier nicht ab. Landwirte, Imker, Gärtner und Verbraucher aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich waren angereist, um ihrem Widerstand gegen die Agro-Gentechnik Ausdruck zu verleihen. 78 der Feldbefreier wurden verhaftet und noch am Abend auf freien Fuß gesetzt. Der friedliche Verlauf der Feldbefreiung hat auf allen Seiten Sympathien erzeugt.

Die friedliche Entschlossenheit der Feldbefreier wurde durch eine Delegation französischer Bauern unterstützt. „Auch wir in Frankreich lehnen Agro-Gentechnik ab und lassen kein Genfeld mehr stehen. Unser Staat schützt uns nicht vor den Gefahren der Gentechnik, daher handeln wir in Notwehr und schützen uns selbst“, so Marc Bienne, einer der Sprecher der französischen Initiative, der mittlerweile über 5000 „Freiwillige Mäher“ angehören. Die Initiatoren der Bewegung „Gendreck weg“ sind zuversichtlich, dass dieser Warnschuss in Richtung Politik seine Wirkung nicht verfehlt und ein Anbauverbot für diese Risikotechnologie erlassen wird. „Die heutige Feldbefreiung ist auch ein Signal an alle Landwirte. Wer weiterhin gentechnisch veränderte Organismen in Deutschland anbaut, muß damit rechnen, dass er keine Genernte einbringen kann“, so der Imkermeister Jürgen Binder, der als einer der ersten in Polizeigewahrsam genommen wurde.

„In einer Demokratie muss die Politik den Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger respektieren. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Gentechnik ablehnt darf bei uns genmanipuliertes Saatgut ausgesät werden, mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Tier“, ergänzt der Agraringenieur Michael Grolm, ebenfalls einer der Initiatoren von „Gendreck weg“.

„Gendreck weg“ fordert Piprek auf, den Mais sofort unterzupflügen und zu vernichten. Nur dadurch könne verhindert werden, dass sich die Pollen auf Nachbarfelder ausbreiten. Ein Nebeneinander von Agro-Gentechnik und traditioneller Zucht- und Anbauverfahren sei nicht möglich, da sich das manipulierte Erbgut unkontrolliert ausbreite.

Die Freiwilligen Feldbefreier erwarten von allen Parteien, dass sie sich eindeutig zum Thema Gentechnik positionieren. Bis zu einem endgültigen Anbauverbot von gentechnisch veränderten Organismen wollen die Feldbefreier weitere Gentechnikfelder in „Sicherheitsverwahrung“ nehmen.

GRÜNE LIGA Mitglied im Gen-ethischen Netzwerk

Der Landessprecherrat der GRÜNEN LIGA Brandenburg hat auf seiner Sitzung am 16. September in Potsdam den Beitritt der GRÜNEN LIGA Brandenburg zum Gen-ethischen Netzwerk beschlossen.

Damit möchte auch die Liga ihre Position gegen die Anwendung der „Grünen Gentechnik“ bekräftigen und die vielfältigen Aktionen gegen den Anbau genmanipulierter Pflanzen im Land Brandenburg, welches hier einen Spitzenplatz im Bundesgebiet belegt, unterstützen.

- Norbert Wilke

Gentechnik-GegnerInnen bekennen sich zu Freiwilligen Feldbefreiungen und kündigen weitere Aktionen für das kommende Jahr an. Vor der farbenfrohen Bühne der Gentechnik-Kritiker mit bunten Erntegaben, lud ein Mann in Imkerkleidung einen Haufen gentechnisch veränderten Mais ab. „Stoppt Genfood sofort – Freiwillige Feldbefreiung bei uns und überall“ beschrieb ein großes Transparent die Forderung und Ankündigung der Gentechnik-Gegner. Die Aktion „Gendreck weg“ hatte vor dem Brandenburger Tor eine Bühne errichtet, über zweihundert Menschen nahmen am Sonntag an der Veranstaltung teil.

Sie stehen mit ihrer Kritik an Gentechnik in der Landwirtschaft nicht allein. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland möchte kein Genfood – und trotzdem gibt die Politik dem Drängen der Agrarkonzerne nach. Seit diesem Frühjahr ist der Anbau von genmanipulierten Pflanzen in Deutschland erlaubt.

„Der Widerstand gegen die Agro-Gentechnik ist international: in Kanada und Frankreich, in Indien und im südlichen Afrika wehren sich Menschen gegen Gentechnik und ihre Folgen“, erläuterte Jürgen Binder, einer der Initiatoren von „Gendreck weg“. In Kanada spricht sich mittlerweile gar der Bauernverband gegen die Agro-Gentechnik aus.

Aus Kanada reiste der Landwirt Percy Schmeiser an. Seine Geschichte wurde auf der ganzen Welt bekannt: Der Agrarkonzern Monsanto verklagte den Landwirt, auf dessen Feld gegen seinen Willen Pflanzen mit den patentierten Eigenschaften der Monsanto-Genpflanzen gepflanzt wurden, auf Lizenzgebühren.

Der Farmer hatte stets selbst gezüchteten Raps angebaut, seine Felder wurden jedoch durch herabfallende Saat von Erntelastwagen der Nachbarn verseucht. Er warnt und informiert über die Gentechnik „Wer einmal anfängt mit der Gentechnik, kann nicht mehr zurück. In Kanada gibt es inzwischen keinen Raps und kein Soja mehr, das nicht gentechnisch verseucht ist.“ Die Gentechnik und die Knebelverträge der Konzerne nehmen den Bauern das Recht, ihre eigene Ernte wieder auszusäen.

In Frankreich geht die Gentechnik seit Jahren direkt gegen Genfelder vor. Eine ganze Bewegung von über 5000 „Freiwilligen MäherInnen“ ist entstanden. Ihr Gründer, Jean Baptiste Libouban ermutigte die Teilnehmer der Veranstaltung, entschlossen gegen Gentechnik vorzugehen, auch mit Mitteln zivilen Ungehorsams: „Es ist schlimm und schwierig, das Gesetz zu brechen – aber es ist schlimmer, nichts zu tun, wenn das Gesetz die Starken gegen die Schwachen schützt.“ Die „kleine Arbeit“ dabei sei, die Felder zu mähen, die große Herausforderung, die Gesetze wieder zu ändern und die Demokratie zu stärken.

Am frühen Nachmittag lüftete der Imkermeister Jürgen Binder das Geheimnis der Herkunft des gentechnisch veränderten Mais auf dem Pariser Platz: Er bekannte sich öffentlich, ein Genfeld in Brandenburg eigenhändig abgemäht zu haben, dessen Maispflanzen er mitgebracht hatte. „Gendreck weg“ hatte erst Ende Juli nach einer öffentlichen Ankündigung mit rund 300 Bauern, Imkern, Köchen und Verbrauchern Mais von einem Genfeld bei Strausberg zerstört. Diese öffentlichen Aktionen zivilen Ungehorsams sollen weitergehen. Nach dem Bekenntnis des Feldbefreiers Jürgen Binder bekundeten mehrere Dutzend Menschen ihre Entschlossenheit, selbst in der kommenden Saison (wieder) Hand an Genfelder zu legen. Jede/r warf einen gentechnisch veränderten Maiskolben in eine große Mülltonne und hinterließ einen Luftballon mit einer Absichtserklärung, selbst Felder vom Gendreck zu befreien.

- Presseinformation, Sonntag, 4. September

Schriftsteller, Pazifist, Naturschützer - Reimar Gilsenbach zum 80. Geburtstag

Am 16. September 2005 wäre Reimar Gilsenbach 80 Jahre alt geworden. Das Haus der Natur nahm dies zum Anlass, am Vora-bend dieses Jubiläums eine kleine Ausstellung zu eröffnen, die an sein Leben und Werk erinnert. Reimar Gilsenbach, der im November 2001 viel zu früh verstarb, war eine der prägenden Persönlichkeiten der ostdeutschen Natur- und Umweltschutz-bewegung. Seine Publikationen und Bücher waren über Jahrzehnte für viele im Naturschutz Engagierte Wegbegleiter, Anregung und Ermutigung.

Reimar Gilsenbach wurde 1925 in einer öko-anarchistischen Siedlung in Dinslaken am Niederrhein geboren. „Rharbarberleute“ nannten die Heidebauern die Eltern und anderen jungen Leute, die mit ihrer „Freisassensiedlung“ und den Ideen Silvio Gesells die Utopien von gemeinsamen Eigentum, Wohnen und Arbeiten zu leben versuchten. Den in seiner Jugend von Lebensreformern und Anarchisten vorgelebten Idealen blieb Reimar Gilsenbach sein ganzes Leben lang treu. 1944 zur Wehrmacht eingezogen, lief er an der Ostfront bei Narwa zur Roten Armee über. Seine Weige-rung, sich den Strukturen des Nationalkomitees Freies Deutsch-land zu unterwerfen, brachte ihn in ein sowjetisches Kriegs-gefangenenlager. 1947 kam er frei, trat in die SED ein und be-gann bei der „Sächsischen Zeitung“ zu arbeiten. Als er es jedoch wagte, sich mit einem politisch Verurteilten zu solidarisieren, wurde er fristlos entlassen. Nach einem kurzen Intermezzo beim Säch-sischen Landesamt für Denkmalpflege und Volkskunde fand er 1952 eine Anstellung bei der neu gegründeten Zeitschrift „Natur und Heimat“. Sie wurde von den „Natur- und Heimatfreunden“ im Kulturbund herausgegeben und entwickelte sich in den 50er Jah-ren zu einem wichtigen Sprachrohr des Naturschutzes. Reimar Gilsenbach engagierte sich damals stark für Einrichtung von Nationalparks, so in der Sächsischen Schweiz und für das Pro-jekt „Müritz-Seen-Park“ - Bemühungen, die zwar bis 1989 ohne Erfolg blieben, wohl aber einen Grundstein für das 1990 verab-schiedete Nationalparkprogramm der DDR legten. Neben seiner Tätigkeit als Redakteur war Reimar Gilsenbach auch in zentralen Gremien der Natur- und Heimatfreunde aktiv. 1956/57 besuchte er in einer kurzen Periode des „Tauwetters“ zwischen beiden deut-schen Staaten den Verein Naturschutzpark. Ein geplantes Buch über die Lüneburger Heide, dessen Manuskript bereits fertig-gestellt war, fiel dann aber der bald einsetzenden Abgrenzung zum Opfer.

Ab 1961 - die Zeitschrift „Natur und Heimat“ wurde eingestellt - begann sein Weg als Schriftsteller. „Die Erde dürstet“, ein Sach-buch über das Thema Wasser, dem weitere folgten, Kinderbü-cher wie „Der Schatz im Acker“, „Peter entdeckt die Welt“, „Rund um die Erde“ und „Rund um die Natur“ – immer wieder stand das Verhältnis zwischen Mensch und Natur im Mittelpunkt seiner Bü-cher. Über 25 hat er veröffentlicht, dazu unzählige Beiträge in Zeitschriften, Zeitungen und anderen Publikationen. Heute mutet die Kritik an den Umweltzuständen der DDR in den Büchern Reimar Gilsenbachs vielfach harmlos an - damals gehörte Mut dazu, bis an die Grenze des Machbaren zu gehen.

In den 70er Jahren zog Reimar Gilsenbach in das idyllische Brodowin an den Rand des Plägefenns, des ältesten Naturschutz-gebietes Brandenburgs. Als ehrenamtlicher Naturschutzhelfer rich-tete er dort Eingaben bis an Erich Honecker - gegen die Einlei-tung von Gülle in die umliegenden Seen durch die ortsansässige LPG oder eine Motorrad-Ralley durch die Wälder des Land-schaftsschutzgebietes. Sie sind in einer kleinen Ausstellung des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin, zu dem die Landschaft um Brodowin heute gehört, nachzulesen.

1980 wurde die Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund gegründet, deren Zentralvorstand Reimar Gilsenbach nun ange-hörte. Ein Jahr später rief er die „Brodowiner Gespräche“ ins Le-ben, kritisch-ökologische Diskurse zwischen Literaten und Wis-senschaftlern. Alljährlich trafen sich fortan Schriftsteller und Öko-logen in Krisenregionen der DDR, so in devastierten Braunkohle-landschaften der Lausitz oder den sterbenden Wäldern des Erz-

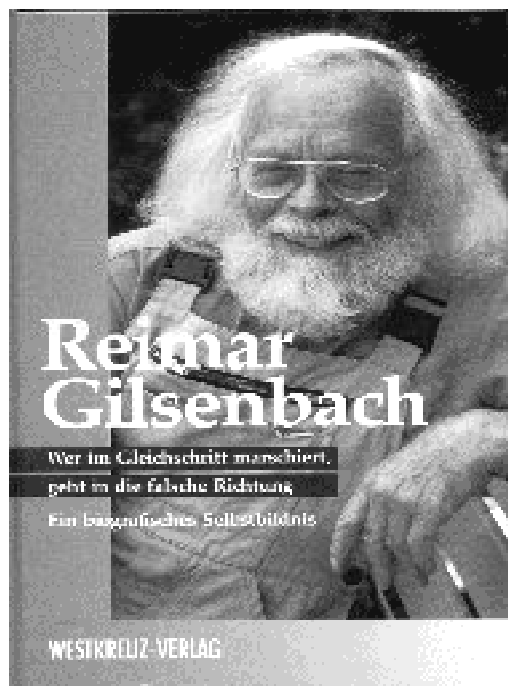
gebirges. Der Schriftstellerverband der DDR verweigerte sich lan-ge Zeit solchen Aktivitäten, die im Kulturbund schließlich ein schüt-zendes Dach fanden. Noch auf dem X. Schriftstellerkongreß 1987 wurde ein kritischer Diskussionsbeitrag von Reimar Gilsenbach „operativ“ verhindert, der zu einer direkten Konfrontation mit dem anwesenden DDR-Umweltminister Reichelt geführt hätte.

Insgesamt wurde es in den 80er Jahren für Reimar Gilsenbach zunehmend schwieriger, zu Umweltthemen zu publizieren. Zu-sammen mit der Biologin Hannelore Kurth reiste er deshalb ab 1986 mit einem kritisch-frechen Liederprogramm über ökologi-sche Mißstände in der DDR kreuz und quer durch den Osten. Ihr „Zuspruch für Verletzbare“ lockte damals scharenweise Publikum in Kirchen und Kulturhäuser. Vor allem für viele Jüngere war dies Anstoß und Ermutigung, sich in der rasch an Zulauf gewinnen- den Umweltbewegung zu engagieren. Ihr unerschrockenes En-gagement brachten Reimar Gilsenbach und Hannelore Kurth, die er später heiratete, eine intensive Bespitzelung durch Staatssi-cherheit ein. 1989 fanden sich ihre Namen auf der Liste eines sogenannt „Isolierungslagers“, in das Oppositionelle im „Spannungsfall“ interniert werden sollten. Dies war sicher eine der bittersten Enttäuschungen für Reimar Gilsenbach.

1989 verließ er mit Gleichgesinnten die Gesellschaft für Natur und Umwelt, die dann rasch zerfiel. Er war damals Mitbegründer der Grünen Liga, in der sich Stadtökologiegruppen aus dem Kul-turbund und kirchliche Umweltgruppen zusammenschlossen. In den letzten Jahren trat er gemeinsam mit seiner Ehefrau für be-drohte Naturvölker ein. Bereits in der DDR hatte sich Reimar Gilsenbach für die ethische Minderheiten der Sinti und Roma und ihre Anerkennung als Verfolgte des Nazi-Regimes eingesetzt. Im Juni 2000 erhielt Reimar Gilsenbach für sein jahrzehntelanges Engagement auf dem 25. Deutschen Naturschutztag in Bamberg die „Hugo-Conwentz-Medaille“. Schon damals lag seine Autobi-ographie druckreif vor, die jedoch erst 2004 publiziert werden konn-te. „Wer im Gleichschritt marschiert, geht in die falsche Richtung“, so der Titel des letzten Buches von Reimar Gilsenbach – ein kri-tisch-ironische Rückblick eines Unangepaßten auf Verhältnisse, die Anpassung verlangten. Und persönlichen Mut und Unerschro-ckenheit, sich zu widersetzen.

- Regine Auster

Die Biographie von Reimar Gilsenbach „Wer im Gleichschritt marschiert geht in die falsche Richtung“ ist für 19 Euro zzgl. Versandkosten bei der GRÜNEN LIGA Brandenburg erhältlich. (Tel. 0331-2015520 oder email: potsdam@grueneliga.de)



Verbandsbeteiligung als Werkzeug des koordinierten Umweltschutzes

- Beteiligungsrechte, Schutztypen, Informationsrechte -

Die Naturschutzverbände GRÜNE LIGA Brandenburg e.V., BUND Brandenburg e.V. und NABU Brandenburg e.V. laden zusammen mit dem Informationsdienst Umweltrecht e.V. (IDUR) ein zu einem Seminar der interaktiven Art.

Am Samstag, dem 29. Oktober findet im Potsdamer Haus der Natur, Lindenstraße 34, die diesjährige gemeinsame Tagung zum Umweltrecht statt. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen. Beginn ist um 10.00 Uhr im Tagungsraum im ersten Stock. IDUR-Referenten stehen für die Beantwortung aller rechtlichen Fragen, die alltäglich in der ehren- und hauptamtlichen Naturschutzarbeit auftreten, zur Verfügung. Anhand von praktischen Fällen sollen die Grundzüge und Funktionsweisen des Umweltschutzrechts vermittelt werden. Hierzu zählen insbesondere das Landes- und Bundesnaturschutzgesetz, sowie die Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie der EU. Angesprochen werden auch die neuen Mitwirkungs- und Klagerechte, die sich aus der Aarhus-Konvention ergeben. Spannend ist diese neue Entwicklung, weil in Deutschland immer mehr Beteiligungs- und Klagerechte abgebaut werden sollen, die Aarhus-Konvention jedoch eine Ausweitung auch in Deutschland vorsieht. Insgesamt werden die rechtliche Stellung der Naturschutzverbände im Status Quo beleuchtet und die Chancen für die Zukunft aufgezeigt. Den Teilnehmern des Seminars bieten wir die Möglichkeit aktuelle oder auch zurückliegende Fälle, die im Seminar behandelt werden sollen, beim IDUR einzureichen. Damit diese in der Vorbereitung der Referenten einbezogen werden können, sollten die Unterlagen spätestens bis zum 25. Oktober 2005 an den IDUR gesandt werden.

Der IDUR bietet neben der konkreten Beantwortung der eingereichten Fragen weiteres Informationsmaterial, die sog. RdN-Sonderhefte an, in denen einzelne rechtliche Fragestellungen eingehend behandelt werden.

Anmeldungen (bis zum 27. Oktober) oder Rückfragen bitte an das Büro der GRÜNEN LIGA Brandenburg:

Telefon 0331-2015520
Fax: 0331-2015522
Email: potsdam@grueneliga.de

- Norbert Wilke

BVBB - Presseinformation vom 28.08.2005

BVBB: Die von der Bahn verweigerte ICE -Anbindung an den Flughafen Schönefeld ist ein weiterer Sargnagel auf dem Weg des Scheiterns des geplanten Großflughafens Schönefeld, erklärte der Vors. des BVBB, Ferdi Breidbach. Die großspurig im Planfeststellungsbeschluss herausgestellte Schienenanbindung, mit Anbindung an das internationale Schienenverkehrsnetz, ist nun ein Torso. Man darf gespannt sein, was der Planfeststellungsbehörde des Landes Brandenburg bis zum Termin der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 06.02.06 zu den 3.900 Klagen einfällt, um diesen Torso in weiterhin glänzendem Licht scheinen zu lassen. In diesem Zusammenhang wird es sicher auch zu einer Gesamtbeurteilung von der angeblichen Notwendigkeit von 4 Fernbahnsteigen mit 420 m Länge (Dimension Lehrter Bahnhof) im unterirdisch geplanten Flughafenbahnhof kommen. Zudem wird dann die Planfeststellungsbehörde, als Verfahrensführer und Genehmigungsbehörde für diesen Unsinn, auch Auskunft darüber erteilen müssen, wann und wie die Görlitzer Bahn nach Osten angebunden und die Dresdener Bahn ausgebaut wird. Seit Jahren hat der BVBB erklärt, dass es für den Flughafenneubau Schönefeld keine Anbindung an den nationalen und internationalen ICE- Schienenverkehr geben wird. Dass nun die Bahn die Auffassung des BVBB bestätigt, ist keine Überraschung sondern die Konsequenz aus dem Bahnverkehrskonzept für Berlin, dass schon seit Anfang der 90er Jahre festgeschrie-

ben ist (Pilzkonzept mit dem Lehrter Zentralbahnhof). Diese Tatsache wurde von den Verantwortlichen für die Standortfehlerscheidung „Schönefeld“ immer verdrängt und vertuscht. Man hatte sich dem Traum hingegeben, wenn wir einen unterirdischen Flughafenbahnhof mit vier Bahnsteigen von je 420 m Länge bauen, dann wird die Bahn gezwungen sein, mit dem ICE auch den Flughafen Schönefeld zu bedienen. Ob dies für die Bahn wirtschaftlich ist, in ihr Schienenverkehrskonzept passt, ein ausreichendes Nutzeraufkommen sichert oder das ICE System wettbewerbsfähiger macht, war nie Gegenstand einer realistischen Betrachtung.

Neben dem Aus für die ICE Anbindung steht in den Sternen, wie und ob die Ostanbindung über die Görlitzer Bahn realisiert werden kann. Nahezu dramatisch für die Anwohner der Dresdener Bahn in Lichtenrade und Mahlow ist die gescheiterte Untertunnelung durch die Wohngebiete. Nach Planung sollen hier im Tag und Nachtbetrieb alle 15 Minuten sog. Shuttle Züge und Regionalzüge den Flughafen bedienen. Der Lärmschutz soll dann durch 4 m hohe Schutzwände kilometerlang durch Lichtenrade sichergestellt sein. Die zu erwartende Entwertung der Wohngebiete und des privaten Eigentums, die durch Schienenlärm erzwungene praktische Unbewohnbarkeit in weiten Teilen von Lichtenrade und Mahlow verdanken dann die Bewohner einer Zustimmung zum Neubau von Schönefeld. Dramatisch sind zudem die Kosten für die Schienenanbindung. Wer der Kalkulation in der Größenordnung von 500 Mio. Euro Glauben schenkt, hat von Kostenentwicklungen während der Bauphase keine Ahnung oder er will mutwillig die Öffentlichkeit täuschen. Realistisch ist, auch wegen der Unwägbarkeiten der tatsächlichen Kosten für den Unterbau und die Erschütterungsvermeidung, eine Kostensteigerung von bis zu 100% der öffentlich gemachten Kosten.

Sollte nur die Shuttle Anbindung praktisch 90% des Reiseaufkommens auf Schiene zum Flughafen bewältigen, dann ist dieses System nicht wirtschaftlich zu betreiben. Diese Tatsache ist der Bahn natürlich bekannt. Aufgrund ihrer Rechtsposition wird sie sich die Verluste der Betreibung dann aus dem Berliner Landeshaushalt erstatten lassen. Bei einer optimistisch gerechneten Auslastung von bis zu 30% werden dann Verluste in zweistelliger Millionenhöhe/Jahr vom Steuerzahler subventioniert.

- Pressestelle BVBB T: 030 / 659 42 439
BVBB im Internet: www.bvbb-ev.de

INFORMATIONSDIENST UMWELTRECHT - KONTAKTE

IDUR-Büro Niddastraße 74, 60329 Frankfurt Tel. 0 69-25 24 77 Fax. 0 69-25 27 48 email: IDURRev@aol.com, Internet: www.idur.de	Baurecht, Naturschutzrecht, Bürgerbegehren, Windkraftanlagen Ulrike Wegner Tel. 0 60 74-81 44 30, Fax. 0 60 74-81 44 31, tagsüber
Immissionsschutzrecht Dorothee Keller, Tel. 0 61 51-78 35 70 Fax. 0 61 24-1 24 95, tagsüber	Abfallrecht, Baurecht, Nachbarrecht Bettina Schmidt Tel. 0 69-23 20 71, Fax. 0 69-23 20 90, tagsüber
Abbau von Bodenschätzen, Abfallrecht Dr. Britta Kolonko Tel. 0 61 01-40 35 23, Fax. 0 61 01-40 35 21, email: uc.bk@t-online.de	Verkehrsplanung, Altlasten und Bodenschutz, Europarecht (UG, UV, A u d t) Felix Ekardt Tel. 03 41-4 80 17 83, Fax. 03 41-4 80 17 83, tagsüber/abends
Naturschutzrecht, Gentechnikrecht, Immissionsschutzrecht Dirk Teßmer, Tel. 0 69-23 20 71, Fax. 0 69-23 20 90	Verkehrsplanungen (insb. Straßenbau, Umweltinformationsrecht) Ursula Philipp-Geilach, Tel. 0 60 26-99 45 87 Fax. 0 60 26-99 45 88 Dienstag/Donnerstag
Wasserrecht, Immissionsschutz, Umweltinformationsrecht Dr. Thomas Ormond, Spohrstraße 10 60318 Frankfurt, Tel. 0 69-55 79 15, Fax. 0 69-59 79 15 88 email: omond@vff.uni-frankfurt.de	Eisenbahnplanung, Baurecht, Naturschutzrecht Martin Stichel, Hauptstraße 33, 63589 Linsengericht-Eidengessaß Fax. 0 60 51-97 91 42 Bitte nur schriftlich.

Annemarie Friedrich „Großmutter“ der FREIen HEIDE verstorben

Immer Frieden im Marschgepäck

Annemarie Friedrich hat ihre Kyritz-Ruppiner Heide nicht mehr frei erlebt. Die ehemalige Lehrerin und Mitbegründerin der Bürgerinitiative Freie Heide ist am Freitag dem 19. August verstorben.

„Sie konnte zuletzt ja nicht mehr wandern“, sagt Franz-Ferdinand Friedrich. Die Rede ist von seiner Mutter und ihren Protestwanderungen durch die Kyritz-Ruppiner Heide. Annemarie Friedrich ist nach einer Operation nicht mehr aufgewacht und am Freitag 85-jährig verstorben.

Als „Großmutter der Freien Heide“ ist die Brandenburgerin bekannt geworden, als Frau mit Grundsätzen, für die sie bis ins hohe Alter gestritten hat. Wegen ebendieser Grundsätze ist sie vor zwei Jahren aus der SPD ausgetreten. Weil ihr Genosse Peter Struck damals als Verteidigungsminister die sofortige Nutzung der Heide als Truppenübungsplatz durchdrücken wollte. Das hat sie persönlich genommen. „Der hat mir 1992, noch als einfacher Abgeordneter, in die Hand versprochen, sich für unsere Sache einzusetzen“, sagte sie damals empört.

Die „Sache“, die BI, die Annemarie Friedrich 1992 mit gegründet hat, kämpft für die zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Das 142 Quadratkilometer große Gebiet wurde nach 1945 von der russischen Armee als Übungsgelände genutzt: als Bombenabwurf-, Panzer-, Raketen- und Luftwaffenübungsplatz. Nach 1989 sollte hier die Natur endlich wieder zu sich kommen, ein Naturschutzgebiet entstehen. Sanfter Tourismus schlägt heute in der Region Wurzeln.

Die BI, vergleichbar der X-tausendmal-quer-Bewegung im Landkreis Lüchow-Dannenberg, ist heute bundesweit bekannt für ihren fantasievollen Protest, auch für den traditionellen Friedensmarsch am Ostersonntag, zu dem in diesem Jahr 10.000 Menschen in die Freie Heide kamen. Da war Annemarie Friedrich schon sehr krank, berichtet ihr Sohn.

Wahrscheinlich hätte sie auch persönlich genommen, wie gerade dieser Tage wieder mal das Thema Bombodrom genutzt wird:



Wolfgang Schäuble, Mitglied in Angela Merkels Kompetenzteam, hat versprochen, eine unionsgeführte Bundesregierung würde die militärische Nutzung der Heide „überprüfen“. Gesagt hat Schäuble das auf einer CDU-Wahlkampfveranstaltung. In diesem parteitaktischen Stil - je nach Oppositionslage - wird die Heimat von Annemarie Friedrich seit 13 Jahren verhandelt. Damals, 1992, sagte die ehemalige Lehrerin: „Wenn ich eines Tages zu meinen Enkeln sagen kann: Nehmen wir die Räder und fahren in unsere Heide, die dann wirklich frei ist, das wäre das Schönste.“ Wirklich frei hat sie ihre Heide nicht mehr erlebt. Jetzt ordnen ihre Söhne Hans-Henning und Franz-Ferdinand in ihrem Haus die letzten Dinge. Annemarie Friedrich wurde auf dem Dorffriedhof von Flecken Zechlin beigesetzt.

- Anja Meier

taz Nr. 7748 vom 22.8.2005

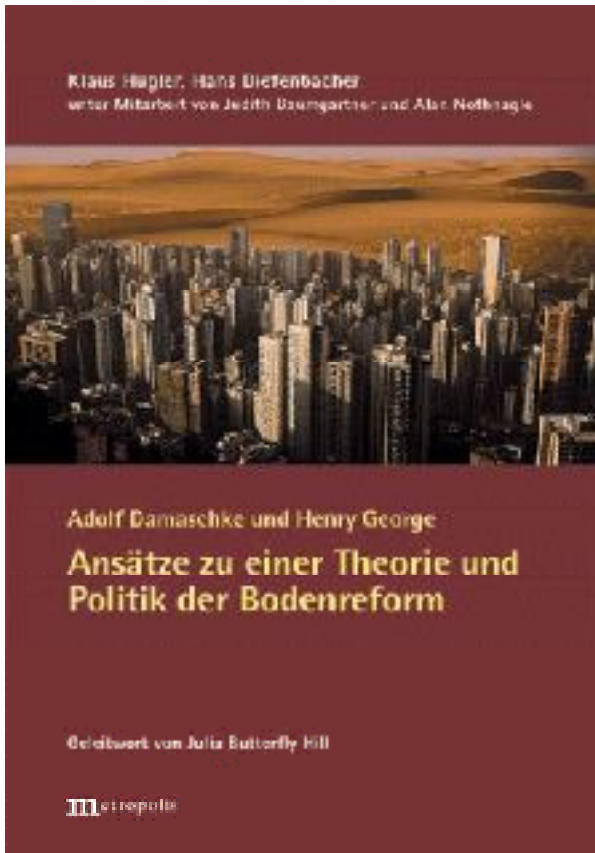
In Erinnerung an Ellenor Oehler

Im Juni 2005 verstarb in Potsdam Prof. Dr. Ellenor Oehler. Jahrzehntlang gestaltete sie die Natur- und Umweltschutzgesetzgebung der DDR maßgeblich mit. Die Juristin vertrat insbesondere die Fachgebiete Bodenrecht und Landeskulturrecht, wo sie auf eine umfassende Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit verweisen konnte. Ellenor Oehler wurde am 11. November 1927 in Dresden geboren. Ihr Vater, Paul Oehler, war Lehrer und SPD-Fraktionsvorsitzender des Gemeindeparlamentes Weinböhla. 1933 wurde er aus dem Schuldienst entlassen und starb bereits 1936. Ellenor Oehler wuchs mit ihrer Schwester Gertraud in Weinböhla bei ihrer Mutter Käthe Oehler auf. 1946 legte sie an der Oberschule Radebeul das Abitur ab und ging danach in den Justizdienst. Sie war zunächst als Schreibkraft, Registerführerin, Sachbearbeiterin und Rechtspfleger in verschiedenen Justizstellen des Bezirkes Dresden tätig. Von 1953 bis 1956 leitete sie das Staatliche Notariat Meißen, anschließend war sie im Staatlichen Notariat Potsdam tätig. Neben ihrer beruflichen Tätigkeit absolvierte Ellenor Oehler von 1953 bis 1958 ein Fernstudium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, dass sie mit dem juristischen Staatsexamen abschloss. Im September 1959 wechselte sie als wissenschaftlicher Oberassistent an das Institut für LPG- und Bodenrecht der Staats- und Rechtsakademie, wo sie im März 1962 promovierte. Ab 1963 war Ellenor Oehler als Dozent für die bodenrechtliche Vorlesungstätigkeit verantwortlich, nach 1971 auch für das Landeskulturrecht. Die Hochschullehrerin war maßgeblich an der Herausbildung der beiden Lehrdisziplinen beteiligt. Neben ihrer Hochschultätigkeit arbeitete sie in verschiedenen Gesetzgebungsgremien und Kommissionen mit. Seit 1962 war sie an allen einschlägigen Gesetzgebungsarbeiten, Praxis-

analysen und Publikationen zum Bodenrecht, der Bodennutzungsverordnung, der Bodenteile des Zivilgesetzbuches, der Luftreinhaltegesetzgebung, des Landeskulturgesetzes und seiner Durchführungsgesetzgebung und der Wassergesetzgebung beteiligt. Ellenor Oehler war seit 1963 Mitglied in der Kommission „Reinhaltung der Luft“ des Forschungsrates der DDR. Seit 1971 bestand eine enge Arbeitsbeziehung zum Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Seit 1973 war die Juristin Mitglied des „Beirates für Umweltschutz“ beim Ministerrat der DDR sowie der ständigen „Arbeitsgruppe sozialistische Landeskultur“ beim Rat des Bezirkes Potsdam. Als Autorin, Leiterin von Autorenkollektiven und Mitautor verfasste Ellenor Oehler mehr als 200 Publikationen und Konferenzbeiträge. Sie war Teilnehmer zahlreicher wissenschaftlicher Tagungen im In- und Ausland. Seit 1972 nahm sie für die Staats- und Rechtswissenschaftler der DDR die Koordinierung der RGW-Mitarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzrechtes war. Im Auftrag des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft wurde sie zur Vorbereitung von Veranstaltungen und Erarbeitung von Materialien zum Umweltschutz im UNO-Rahmen herangezogen. Ab 1977 wirkte sie an der TU Dresden am Unesco/UNEP Postgradualstudium Umweltschutz für Entwicklungsländer mit. 1988 wurde Ellenor Oehler emeritiert. Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Hochschuldienst nahm sie an wissenschaftlichen Veranstaltungen teil und publizierte zu den von ihr bearbeiteten Fachgebieten. Ellenor Oehler wurde am 3. August 2005 in aller Stille in Potsdam beigesetzt. Ihr jahrzehntelanges Wirken für Natur und Umwelt wird allen, die sie kannten, in Erinnerung bleiben.

- Regine Auster

Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform



Buchbesprechung von Siglinde Bode

„Wenn man die Namen von Bürgermeistern und Präsidenten nur noch in verstaubten Katalogen wird finden, so wird noch im Bewusstsein der Menschen leben und glänzen der Name Henry George.“ Diese Worte einer Grabrede, gesprochen am 31. Oktober 1897 in New York, sollten sich nicht bewahrheiten. Henry George (1839-1897) ist heute weitestgehend aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwunden. Dabei kann er als einer der einflussreichsten ökonomischen Denker des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und neben Thomas Edison und Mark Twain als einer der berühmtesten Amerikaner seiner Zeit gelten. Diese Berühmtheit, verbunden mit internationaler Anerkennung, errang er mit seiner Idee der Bodenwertsteuer, niedergeschrieben in seinem populären Hauptwerk „Progress and Poverty“ (1879, „Fortschritt und Armut“). Nur die Bibel verkaufte sich damals öfter. Ebenso gerieten Person und Werk Adolf Damaschkes (1865-1935) in Vergessenheit, der, inspiriert von den Ideen Georges, zu den Begründern der Bodenreformbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland zählt.

Klaus Hugler und Hans Diefenbacher wollen unter Mitarbeit von Judith Baumgartner und Alan Nothnagle Leben und Wirken dieser zwei herausragenden Persönlichkeiten mit ihrem Buch „Adolf Damaschke und Henry George. Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform“ wieder ins öffentliche Gedächtnis rufen. Dies ist im Sinne der Autoren nicht nur der historischen gesellschaftspolitischen Bedeutung der Bodenreformbewegung geschuldet. Die hier skizzierten Ideen Georges und Damaschkes weisen auch eine bemerkenswerte Aktualität hinsichtlich der sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte und der daraus resultierenden Probleme der gegenwärtigen kapitalistisch orientierten Wirtschaftsordnung auf.

„Ein Mann, dem widersprochen wurde“ – so beginnt Hugler den ersten, sehr aspektreich geschriebenen Teil des Buches. Hugler umreißt die Biographie des Politikers, Bodenreformers und Pädagogen Adolf Damaschke vor dem Hintergrund einer vom Industriekapitalismus geprägten Zeit. Weiterhin werden die Grundgedanken aus seinem international hoch aufgelegten Werk „Die Bodenreform“ (1902) dargestellt. Damaschke beschäftigte Zeit seines Lebens die Lösung der sozialen Frage, der zunehmenden Ungleichverteilung von Armut und Reichtum. Weder die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit dem damit einhergehenden einseitigen Individualismus, noch der einseitige soziale Kollektivismus der kommunistischen Lehre versprachen ihm die Lösung dieses Problems. Sein politischer Leitgedanke war vielmehr „eine Wirtschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit organisch vereint!“ (Damaschke, zit. n. Hugler, S. 25) Damaschkes Bodenreformidee gründet sich auf ein Menschbild, das die individuelle mit der sozialen Seite des menschlichen Wesens verbindet. Er schlug vor, dass die Grundrente, also das aus dem Besitz oder der Nutzung des Bodens erzielte Einkommen, als soziales Eigentum gemeinnütziger Verwendung zufließt, während Kapital und Arbeit weiterhin privates Eigentum bleiben sollten. In dieser Regelung der Eigentumsverhältnisse sah Damaschke die „unentbehrliche Voraussetzung“ für eine wirtschaftliche Entwicklung bei gleichzeitigem sozialen Ausgleich. Im zweiten Teil des Buches stellt Diefenbacher in neun Kapiteln die „Geschichte der Nationalökonomie“ vor, ein über Jahrzehnte populäres Werk Damaschkes, das in 14 Auflagen von 1905 bis 1929 eine Auflagenhöhe von 100.000 Exemplaren erreichte. Diefenbacher hält die Analyse dieses Werkes unter anderem auch deshalb für ertragreich, weil es „als ein gewichtiger Beitrag zur theoretischen Basis einer sozialen Reformbewegung“ gelten kann, „deren Spuren noch immer zu entdecken und deren Anfragen an die Ordnung der Gesellschaft nach wie vor aktuell sind.“ (Diefenbacher, S. 45) Diefenbacher konzentriert sich in seiner leserfreundlichen 34seitigen Zusammenfassung des zuletzt fast tausendseitigen Werkes auf den bodenreformerischen Fokus, unter dem Damaschke die Epochen der volkswirtschaftlichen Theorie-Entwicklung betrachtete und damit selbst ein bemerkenswertes Zeugnis für eine bestimmte Dogmengeschichtsschreibung liefert.

Im dritten Teil des Buches lassen die Autoren Adolf Damaschke selbst zu Wort kommen. Der 19seitige Auszug aus seinem Buch „Die Bodenreform“ widmet sich dem „Leben und Wirken von Henry George“ und gibt dem Leser einen lebendigen Eindruck von der bewegten Biographie Georges im von Unruhe und wirtschaftlichem Aufbruch geprägten Amerika des 19. Jahrhunderts. Überdies liefert dieser Textauszug ein in Sprache und Stil beeindruckendes Zeitzeugnis von Damaschkes publizistischer Tätigkeit.

Im vierten Beitrag des Buches spannt Alan Nothnagle unter der Überschrift „Spiel mir das Lied der Gerechtigkeit – Henry Georges ‚Fortschritt und Armut‘ und die Suche nach einer humanistischen Ökonomie“ gekonnt den Bogen von einer Charakterisierung der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Verhältnisse des amerikanischen Westens im 19. Jahrhundert über die Würdigung der amerikanischen Reformtradition bis hin zum Leben und Wirken des „Abenteurers, Pioniers, Selfmademan und unabhängigen Denkers“ Henry George. Nothnagle konkretisiert in diesem Buchabschnitt die Grundzüge der Bodenreform und der Bodenwertsteuer, wie sie George in seinem Werk „Fortschritt und Armut“ darlegte. Nothnagle bewertet es als „synthetisches Werk, das die Klassiker der damaligen Nationalökonomie zusammenführte“ (Nothnagle, S. 116).

Phänomene wie das massive Wachstum der westamerikanischen Städte und der Triumph der Eisenbahn konzentrierten sich für den jungen George in der Frage, warum ökonomisches Wachstum niedrigere Löhne und höhere Arbeitslosigkeit nach sich zog. Warum wurden Fortschritt und Wachstum von wachsender Un-

gleichheit und Armut begleitet? George erkannte, dass der konzentrierte Privatbesitz an Grund und Boden und nicht etwa der Privatbesitz an Produktionsmitteln der Kern des Problems war. Durch Großgrundbesitz und Bodenspekulation „*konnten unproduktive Personen unermessliche Vermögen anhäufen und die Wirtschaft in ihrem eigenen Interesse lenken, während die wirklich produktiven Kräfte einer Gesellschaft zwangsläufig in Armut und Ausbeutung gezwungen wurden.*“ (Nothnagle, S. 113) Auf diese Erkenntnis gründete George seine Idee der Bodenwertbesteuerung. Die Bodenreform sah die Abschaffung aller Steuern vor bis auf eine einzige: die einfache Steuer auf die Grundrente. Diese Steuer sollte allgemeinnützigen öffentlichen Zwecken zufließen. Gebäude, Fabriken und Gerätschaften sollten nicht besteuert werden. Die Bodenwertsteuer würde die Bodenspekulation beenden, den Großgrundbesitz auflockern und zudem der Gerechtigkeit dienen, denn nur die Gemeinschaft würde belastet werden. Die produktiven Kräfte der Individuen könnten sich in unbesteuertem Arbeit hingegen frei entfalten. Mit der Bodenreform schlug George einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus ein. Er erkannte, „*dass ein gerechter Zugang zum Boden und seinen Schätzen die Grundlage einer Ordnung ist, in der alle gewinnen können.*“ (Nothnagle, S. 125)

Im fünften und sechsten Buchabschnitt werden von Nothnagle und Baumgartner zwei bodenreforminspierte Projekte vorgestellt, die bis heute existieren: die Bodenwertsteuer-Kolonie „Fairhope“ im US-Bundesstaat Alabama, 1894 gegründet von Ernest B. Gaston sowie die Siedlungs- und Gartenbaugenossenschaft Eden-Oranienburg bei Berlin, gegründet 1893 von Bruno Wilhelmi. Sowohl Nothnagle als auch Baumgartner dokumentieren die Entstehungsgeschichten dieser Projekte kundig mit Daten über politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie den wesentlichen Informationen über die Persönlichkeiten, die diese Projekte ins Leben riefen.

Abschließend verfolgt Diefenbacher die Entwicklung des Bodenreformgedankens in Deutschland nach Damaschkes Tod. Auch wenn er eingesteht, dass die Bodenreformidee Damaschkes im Gesellschaftssystem damals wie heute politisch nicht durchsetzbar sei, weil sie ein komplett neues System etablieren wolle, so schätzt Diefenbacher doch zwei ihr innewohnende „*wesentliche Anfragen an die Wirtschaftsordnung nach dem Ende des `real existierenden Sozialismus`*“: Zum einen ist es die Überlegung, dass die natürlichen Ressourcen Allgemeingut sind – „*aber Allgemeingut der Ökonomen ist [dieser Gedanke] am Anfang des 21. Jahrhunderts in keiner Weise.*“ (Diefenbacher, S. 162) Die andere Überlegung ist, dass sowohl Damaschke als auch George an die Möglichkeit eines Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus glaubten, „*der die Freiheit des Einzelnen im Rahmen einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft zur Geltung zu bringen hätte, in der die natürlichen Ressourcen als öffentliche Güter betrachtet werden. Den mit dieser These verbundenen Anfragen muss sich die Wirtschaftsordnung auch heute stellen.*“ (ebd.)

In der Tat ist der Leser bei der Lektüre des besprochenen Buches des öfteren überrascht, wie fruchtbar die Ideen von George und Damaschke sich noch nach mehr als hundert Jahren auf Gegenwartsfragen beziehen lassen. Die postindustriellen Gesellschaften verzeichnen eine zunehmende Disparität zwischen Arm und Reich und müssen sich bei anhaltendem technologischen Fortschritt und wachsender Produktivität dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit erwehren. Vereinfachung des Steuersystems, Privatisierung kommunalen und staatlichen Eigentums zur Verkleinerung der Haushaltsdefizite, Suburbanisierung, Einzelhandel auf der Grünen Wiese – das sind nur wenige der Themen, für deren Erörterung die Einbeziehung der Bodenreformansätze sinnvoll erscheint. Sicher, die Zeit ist weitergegangen, und die globalen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge sind vielschichtig. Heute übertreffen die Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten in Ausmaß und Wirkung bei weitem die Bodenspekulation, wie George sie erlebte. Doch zählt neben der Ordnung der Geld- und Finanzsysteme die Bodenordnung nach wie vor zu den zentralen Ele-

menten der Wirtschaftsordnung und -entwicklung. Das Buch Huglers und Diefenbachers ermöglicht auch dem ökonomischen Laien einen anregenden Zugang zu der Bodenfrage. Alle beteiligten Autoren beweisen ihren kenntnisreichen und kritisch reflektierten Umgang mit dem Thema durch eigene Studien und zahlreiche weiterführende und ergänzende Quellenangaben. Gleichwohl vermisst der Leser stellenweise eine bessere inhaltliche Abstimmung zwischen den einzelnen Beiträgen. Auch bleiben einige Fragen ungeklärt. Insbesondere fehlt eine Erläuterung, wie man sich die Umsetzung der Grundsteuer konkret vorzustellen hat. Das vorliegende Buch motiviert dadurch gleichzeitig zur weiterführenden Lektüre der Primärliteratur von George und Damaschke. Hugler und Diefenbacher ist eine breite Leserschaft zu wünschen, damit die weitreichenden Ideen der Bodenreformer wieder die Aufmerksamkeit erhalten, die ihnen auch in der Gegenwart zusteht.

Klaus Hugler, Hans Diefenbacher: Adolf Damaschke und Henry George. Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform. Metropolis-Verlag 2005. Broschiert, 180 Seiten. 19,80 Euro

Rudolf Bahro: Glaube an das Veränderbare

Rudolf Bahro (1935-1997) gehört zu den markantesten und umstrittensten Personen der jüngeren deutschen Zeitgeschichte. Bahro, Gründungsmitglied der deutschen Grünen, trat für Selbstbestimmung, eine komunitäre Subsistenzwirtschaft und eine ökologische Erneuerung ein. Ihn trieb die Frage um, warum der Mensch sich selbst und die Erde zerstört, und er thematisierte, wie persönliches Machtstreben das eigene Handeln korrumpiert.

Sein Einsatz für einen zivilgesellschaftlichen dritten Weg und seine Ausstrahlung trugen nicht nur in der ehemaligen DDR zum Aufbruch bei. Als Antwort auf den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei (1968) veröffentlichte Bahro sein Buch «Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus» (1972), was zu einer längeren Gefängnisstrafe führte, gegen die Heinrich Böll, Rudi Dutschke und weitere in der ganzen Welt protestierten. Gregor Gysi verteidigte Bahro vor Gericht. Später aus der DDR ausgewiesen, gründete Bahro 1980 mit Petra Kelly und andern die Grünen, die er nach fünf Jahren wieder verließ. Zuvor habilitierte er an der Universität Hannover in Sozialphilosophie. Nach der Wende kehrte Bahro in die frühere DDR zurück. An der Berliner Humboldt-Universität, an der er einst studiert hatte, arbeitete er nun im Institut für Sozialökologie an der Theorie eines sozialökologischen Umbaus, die er auch in konkreten Ökogemeinschaften verwirklichen wollte. Seine Provokationen sorgten für viele Schlagzeilen und Anfeindungen. 1997 starb Bahro kurz nach dem Suizid seiner Gefährtin.

Am 18. November 2005 veranstaltete das Rudolf-Bahro-Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, die Heinrich-Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Symposium. Anlass ist der 70. Geburtstag von Rudolf Bahro. Laut Einladung geht es um «sozialökologische Innovationen für eine zukunftsfähige Lebensweise». Der Titel drückt aus, wofür er sich einsetzte. Guntolf Herzberg und Kurt Seifert dokumentieren sein Werk in ihrer eindrucksvollen Biografie «Glaube an das Veränderbare», die neu als Taschenbuch vorliegt.

«Ruolf Bahro, Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie»
Herzberg, Guntolf / Seifert, Kurt
Aufbau Taschenbuchverlag, Berlin 2005
661 Seiten, 23 Franken [12,50 Euro]
<http://www.woz.ch/artikel/2005/nr36/wissen/12189.html>

- Ueli Mäder
WOZ vom 08.09.2005

Wechselbeziehungen zwischen Klimawandel und Arbeitslosigkeit

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich hatte Ihrem Kanzleramt schon am 8.3.2005 meine Gedanken zu den Wechselbeziehungen zwischen Klimakatastrophe und Arbeitslosigkeit dargelegt. Ich war der Hoffnung, dass Sie diese Gedanken in Ihrer vor zwei Wochen gehaltenen Grundsatzrede verwenden könnten. So haben Sie sich also von der Opposition vorführen lassen. Sie hätten das vermieden, wenn Sie z.B. gesagt hätten:

1. Wir verdammen die Vernichtung der Regenwälder und die hemmungslose Erzeugung von Kohlendioxyd. Zum Abbau dieses ist „Grüne Lunge“ nötig. Auch in unserem Land wird „Grüne Lunge“ vernichtet. Seit der Einheit und der damit erfolgten Entlassung der Waldarbeiter ist ein Rückstau bei einer richtigen Waldpflege entstanden. Der jetzt laufende Einsatz von Großgeräten dient zwar einem über dem derzeitigen Bedarf liegenden Holzeinschlag, aber es wird dabei auch ersatzlos „Grüne Lunge“ vernichtet und weder der Waldboden, noch die Waldwege geschont.
2. Das Überangebot an Holz führt sicher zu einem starken Preisverlust. Das aus dem Holz gewonnene Papier dient z.T. auch nicht der Befriedigung eines allgemeinen Bedürfnisses, denn die daraus hergestellte Reklame wandert ungelesen im Altpapier.
3. Es kommt also darauf an, nicht nur die Entstehung von Kohlendioxyd zu verringern, sondern auch mehr „Grüne Lunge“ zu erschaffen. Bis ein Baum grünt dauert es ca. 4 Jahre, wenn er nicht schon durch Wildverbiss abgestorben ist.
4. Jede Neuanpflanzung sollte daher auf schnelles Wachstum und kurzfristige Schaffung „Grüner Lunge“ orientieren. Stillgelegte Landwirtschaftsflächen sind dabei einzubeziehen, aber auch Parke, freie Flächen in Stadt und Dorf.
5. Finanziert werden kann es a) aus den Erträgen des Holzeinschlages, b) aus den Geldern aus Hartz IV, c) die jetzt von der EU gezahlten Prämien werden zum Pachten der stillliegenden Flächen verwendet, die dann aufzuforsten wären.
6. Jede Revierförsterei kann kurzfristig den Arbeitskräftebedarf für Aufforstung, Wegeinstandhaltung und Waldwirtschaft mit maximaler Schaffung von „Grüner Lunge“ bekanntgeben. Nur ein Fragebogen!
7. Für diese Regelung ist keine Opposition einzubeziehen und zehntausende Arbeitsplätze sind geschaffen.

- Armin Dreßler

Gedanken zu den großen Problemen der Zeit

1. Die Klimaänderung als Auswirkung der steigenden Verbrennung
2. Die Vernichtung der Wälder und die Versteppung
3. Die Arbeitslosigkeit, die zu einer Veränderung der Sozialstruktur und der Schere arm-reich führt.

Und wie ist es in unserem Land?

Seit einiger Zeit sind Harvester und Timberjack mit 3m Arbeitsbreite im Einsatz und haben, soweit ich es einschätze, 30% vom Holzbestand und Grünanteil abgetragen. Die Holzstapel liegen im Wald, und da ein Teil dort schon längere Zeit auf den Abtransport wartet, der Fäulnis und dem Pilzbefall ausgesetzt. Der Transport ist auch nicht optimiert. Es fahren LKW's nach Norden und auf der selben Straße nach Süden. Dem Waldboden und den Waldwegen ist der Großmaschineneinsatz auch nicht gut bekommen.

Die stillgelegten Landwirtschaftsflächen tragen immer weniger Grün, da sie abgemäht werden, bevor sich der reife Samen ausbreitet. Dafür gibt es auch noch Geld aus EU-Mitteln.

Um diesen Unsinn wieder gut zu machen, ist Arbeit genug vorhanden, um Aufzuforsten und eine Pflege des Waldes zu betrei-

ben. Die Meinung, dass sich die Natur selbst hilft stimmt, das beweist das Wachstum in den DDR-Grenzstreifen. Das gilt aber nur wenn der Mensch nicht zerstörend eingreift.

Die vielen Arbeitslosen stehen zur Wiedergutmachung bereit.

Was wäre also zu tun?

- Geld nicht zur Bezahlung der Arbeitslosigkeit, sondern zur Bezahlung der Arbeit, einsetzen

Dies aber darf nicht durch Bildung einer neuen Superkratie (büro), sondern durch die Land- und Forstwirtschaft unter Einbeziehung von Hartz IV organisiert werden. Ein Zuschlag von 2 Euro wäre ein guter Anreiz.

- Armin Dreßler

Wann kommt die nächste Flut?

Ein populär-wissenschaftliches Sachbuch von Dieter Lehmann, Falkenberg (Elster)

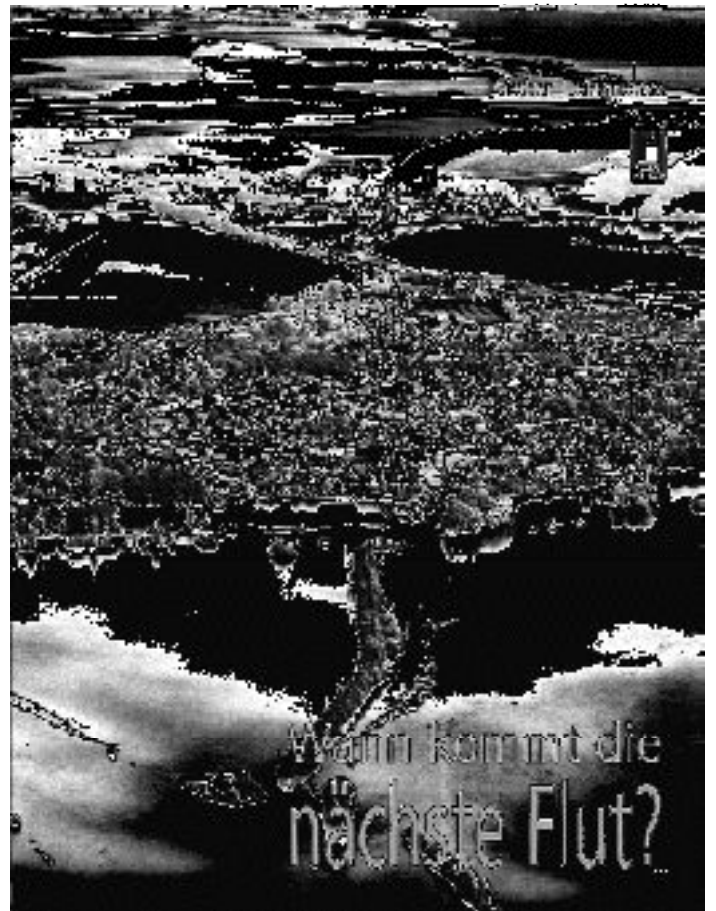
Die Jahrhundertflut im August 2002 hatte in Deutschland vorübergehend das Denken der Menschen verändert. Drei Jahre nach der Flut hat das Vergessen eingesetzt. Doch Vergessen kann verhängnisvoll sein, denn soviel ist sicher:

Das nächste Hochwasser kommt bestimmt!

Um das besser überstehen zu können, müssen aus den dramatischen Ereignissen der Hochwasserkatastrophe 2002 die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Dem Jahr der Jahrhundertflut folgte die Jahrhundertdürre 2003. Die Häufung extremer Wetterereignisse deutet auf einen beginnenden globalen Klimawandel hin. Sind wir Menschen durch die Art, wie wir leben, am Klimawandel beteiligt?

Die Autoren dieses Buches behandeln aus unterschiedlicher Sicht die Problematik des vorbeugenden Hochwasserschutzes und gehen auf den beginnenden globalen Klimawandel ein. Mit Beiträgen von: Friedrich Schorlemmer, Matthias Platzek, Hans-Peter von Kirchbach, Ernst Paul Dörfler, Rocco Buchta, Alfons Henrichfreise, Siegmund Tilgner, Werner Lahmer, Maria Darreimann, Alexandra Gaudlitz und Dieter Lehmann

Das Buch, im Projekte-Verlag 188 Halle erschienen, ist unter ISBN 3-86634-012-5 zum Preis von 29,75 Euro im Buchhandel erhältlich.



Horno - verkohlte Insel des Widerstandes

heißt das aktuelle Buch des prominenten Horno-Kämpfers Michael Gromm.

Es beschreibt die Zwangsumsiedlung und Enteignung des Dorfes Horno für den Braunkohletagebau und die klimaschädlichsten Verstromung durch LAUBAG, heute Vattenfall Europe.

Michael Gromm hat das gesamte Vorgehen der ehemaligen LAUBAG und heutigen VATTENFALL vor Gerichten und vor Ort dokumentiert und möchte es als Buch „on demand“ herausbringen. Zudem plant er eine 4-seitige taz-Beilage, in der die wesentlichen Punkte des Leidensweges von Horno zusammengefasst werden.

Zur Herausgabe des Buches werden noch dringend Spendenmittel und möglichst auch bereits Buch-Vorbestellungen benötigt. Die Solarinitiative Mecklenburg-Vorpommern e.V. (SIMV e.V.) sammelt mit Unterstützung von EUROSOLAR Regionalgruppe Berlin-Brandenburg Spenden für die Unterstützung der Herausgabe des Buches. Jüngst hat VATTENFALL beschlossen die Kleinaktionäre durch „squeeze-out“ auszuschließen, damit können auch keine kritischen Fragen mehr auf den Aktionärshauptversammlungen auftauchen. Wir möchten Sie heute bitten, die Publikation des Horno-Buches durch Ihre Spende zu unterstützen. Bei Spenden über 50,- werden sie mit einem signiertem Exemplar belohnt.

Absetzbare Spenden Betreff: "HORNO + Absenderadresse" an SIMV e.V.

Deutsche Bank Rostock
Konto 12 98 215
BLZ 130 700 00

Für Rückfragen: 030-2163321 Gotthard Schulte-Tigges
EDITION DREIECK HORNO
Umweltschutz & Menschenrechte
Dorfstraße 99 03172 Horno

Exposé

Das neue Buch von Michael Gromm

„Horno – Verkohlte Insel des Widerstands“

Michael Gromm hat ein drittes Buch zum Kampf um das sorbische Dorf Horno in der Lausitz geschrieben, ein Sachbuch mit politischen, juristischen und ökonomischen Grundlagen sowie episodischen Stimmungsbildern und Reflektionen des Autors über seine Rolle im Horno-Konflikt. Das Buch dokumentiert den Kampf um Horno seit dem Urteil des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg im Jahre 1995 – das zum Erlass des sogenannten „Horno-Gesetzes“ führte – bis in das Jahr 2005 hinein, als vom einst denkmalgeschützten Dorf nur ein einziges Gehöft in Horno übrig bleibt, wo das Ehepaar Ursula und Werner Domain sowie dessen Mieter Michael Gromm sich gegen ihre Enteignung gerichtlich wehren. Ihre Klagen werden Mitte Mai 2005 vor dem Verwaltungsgericht Cottbus verhandelt. Michael Gromm wird das Buch mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus und dessen Nachwirkungen abschließen und es im Oktober 2005 in der Edition Dreieck Horno herausgeben. Das Buch enthält circa 25 ganzzweilige Fotos des französischen Fotografen Gérard Petit von der Zerstörung Hornos.

Umfang des Buches: Circa 460 Seiten mit 70 - 80 Fotos sowie Kartenmaterial.

Lacoma und der Konzern

Immer häufiger rückt in unseren Tagen die Energiepolitik in den Vordergrund der Diskussionen. Meist jedoch nur nach heftigen, klimabedingten Naturkatastrophen oder wenn an den Tankstellen der Sprit wieder erheblich teurer wurde. Doch nur wenige Menschen erkennen die Zusammenhänge zwischen Energieverbrauch und Klimawandel, Wirtschaftskrise und Energiesystem. Handlungsbedarf sehen noch weniger.

Ähnlich sieht der Alltag der Energiewirtschaft aus. So werden z.B. in Ostdeutschland, nahezu unbemerkt vom öffentlichen Interesse, ganze Landschaften dem Braunkohletagebau des Vattenfall-Konzerns geopfert, werden Grundwasserspiegel abgesenkt und das kostbare Naß durch die Kühltürme der Kraftwerke gejagt; werden ganze Dörfer verstromt. Werden Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Das alles zum Wohle der Allgemeinheit...

Der Dokumentarfilm „Lacoma und der Konzern“ zeigt in seinen über 120 Minuten die Allmacht des Vattenfall-Konzerns auf, der sich in Südbrandenburg durch die Landschaft frisst. Er zeigt aber auch den tapferen Widerstand gegen eine Energiepolitik, die jegliche Perspektive, jedes Maß, jedes Ziel verloren zu haben scheint. Lacoma und der Konzern, Dokumentarfilm Deutschland 2005, Spieldauer ca. 120 Minuten, als DVD und VHS, 16,90 Euro

Lacomaer Teichlandschaft akut bedroht!

Im letzten Teilstück des Braunkohletagebaus Cottbus-Nord soll die über Jahrhunderte gewachsene Lacomaer Teichlandschaft zerstört werden - ein etwa 300 ha großes Areal aus Karpfenteichen, Erlenbrüchen und Wiesen. Hier findet sich mit 5000 Rotbauchunken das größte Vorkommen in Brandenburg, hier brüten Rohrdommel und Wiedehopf, der Schwarzstorch findet hier seine Nahrung. Insgesamt 170 Rote-Liste-Arten sind im Gebiet nachgewiesen. Erst mit der Entdeckung des europaweit prioritär geschützten Eremitenkäfers wurde die Teichlandschaft im Jahr 2003 als FFH-Schutzgebiet an die EU-Kommission nach Brüssel gemeldet.

Dass die Bemühungen um den Schutz der Lacomaer Teichlandschaft deutschlandweit Beachtung finden, zeigt die Verleihung des „Mensch und Natur“-Preises von ZDF und DBU an den Lacoma e.V. am 14.11.2004.

Doch spätestens im Jahr 2006 soll nach den Plänen des Energiekonzerns Vattenfall und der brandenburgischen Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Platzeck (ehem. bbg. Umweltminister) mit ihrer Zerstörung begonnen werden. Die hierfür noch fehlende Genehmigung soll im derzeit laufenden wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren erteilt werden. Sollte wie zu befürchten ist, diese Genehmigung zur Zerstörung der Teichlandschaft ergehen, wird dies eine politisch vorgegebene Entscheidung sein, die energiewirtschaftlich unnötig ist und Naturschutzaspekte nur zum Schein ernst nimmt. Daran ändert auch die als „Ausgleich“ vorgesehene Renaturierung eines Spreeabschnittes nichts - ein Konzept, dass von unabhängigen Fachleuten wegen grober Mängel kritisiert wird. Ob der Planfeststellungsbeschluss dann auch mit geltendem Recht vereinbar ist, bleibt fraglich und wird letztlich von Gerichten geklärt werden müssen.

Mit der geplanten Zerstörung des gemeldeten FFH-Gebietes droht auch eine weitere Schwächung und Aushöhlung des europäischen Naturschutzrechtes (FFH-Richtlinie).

Seit Jahren setzten sich mehrere namenhafte Umweltverbände, darunter GRÜNE LIGA, BUND, NABU und ROBIN WOOD für den Erhalt der bedrohten Teichlandschaft ein und werden dafür auch weiterhin alle demokratischen und rechtsstaatlichen Mittel nutzen.

Aktionswoche „Entente Borale“

Die „Entente Borale“ – eine Aktionswoche zum Baumschutz von der Interessengemeinschaft Babelsberger Park, der Potsdamer Fraktion „Die Andere“ und der GRÜNEN LIGA Brandenburg vom Montag dem 24. Oktober bis zum Freitag dem 28. Oktober 2005.

Am Montag dem 24. Oktober findet der erste Vortrag im Rahmen der Entente Borale statt. Herr Dr. Joachim Rock vom PIK Potsdam referiert zum Thema „Waldentwicklung und Klimaänderung in Europa“. Beginn ist um 19 Uhr im Veranstaltungsraum (1. Stock) im Haus der Natur (Lindenstraße 34) in Potsdam.

Die zweite Veranstaltung findet am 26. Oktober um 19 Uhr im Al Globe (Charlottenstraße 31) statt. Herr Klaus Hugler/ Potsdam zeigt den Film „Julia Butterfly Hill – die Baumfrau“ einen Dokumentarfilm über den Kampf von Julia Hill gegen die Abholzung der letzten Urwälder in den USA mit Übersetzung des Interviews, welches Klaus Hugler mit ihr führte. Ab 21 Uhr findet am gleichen Ort das Benefizkonzert für Bäume statt. Der Interpret ist der Liedermacher Sebastian Günter Birr aus Potsdam, der sein neues Programm „Bildet Banden“ vorstellen wird.

„Geschichtenbäume/ Baumgeschichten“ im Park Babelsberg lautet das Motto der Parkführung am Sonntag dem 30. Oktober. Der Treffpunkt ist um 11 Uhr am Eingang Grenzstraße am Park Babelsberg. Dörthe Thiel, Vorstandsmitglied der GRÜNEN LIGA und Sprecherin der Interessengemeinschaft Babelsberger Park führt Kinder und Erwachsene zu besonderen Bäumen im Park. Für die Führung wird ein Solibeitrag für den Baumschutz in Potsdam von 2 Euro für Kinder und 3 Euro für Erwachsene erhoben.

Potsdam rockt gegen das Bombodrom Benefizkonzert für die FREIE HEIDE am 25. November im Waschhaus

Die GRÜNE LIGA Brandenburg lädt am Freitag dem 25. November zu einem Benefizkonzert für die Bürgerinitiative FREIE HEIDE in das Potsdamer „Waschhaus“ (Potsdam, Schiffbauergasse) ein. Der Eintrittspreis von 4 Euro geht auf das Rechtsschutzkonto der Bürgerinitiative. Die Potsdamer Bands „Aromatherapie“, „Sogh“ und „Alles Gute“ werden sich an diesem Abend ab 20 Uhr dem hoffentlich zahlreichem Publikum präsentieren.

Im Waschhaus selbst wird die Wanderausstellung zur FREIEN HEIDE zu sehen sein, es gibt auch die Möglichkeit sich an einem Infostand über die Bürgerinitiative und deren Ziele zu informieren.

Danach Party ab 24 Uhr im Saal: Should I stay or should I go und Die Retro-Lounge mit Holger Lukas (Radio Eins) Musik aus vielen Jahrzehnten - alles von Goldfrapp bis Maximo Park
Party ab 23 Uhr im Club: ! X-RATED! Strictly Reggae, Dancehall & Soca mit Rocketeer Sound

Weitere Infos sind über die Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA (Tel. 0331-2015520) zu erfragen.

- Norbert Wilke

Gäa Seminar für Tierhalter

Am Montag den 14. November findet um 10.00 Uhr bei der Fleischerei Socher in Schwarzheide-Ost das Seminar für Tierhalter statt. Themen sind Qualitätsansprüche aus der Sicht von Fleischereien, Lohnverarbeitern, Verarbeitung, Reinigung, Desinfektion, Hygiene und Mitarbeiterschulung. Die Referenten sind Andreas Socher und Angelika Hoppe aus Dresden.

Weitere Infos über die Gäa unter Telefon 033701-59306.

1990 gründeten Umweltschützer ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und



Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein:

Visionen haben

Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fördern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen.

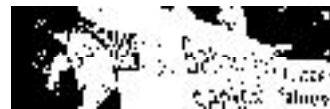
Innere Haltung dieses Netzwerks wahren diese



Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin Landesverbänden zusammengeschlossen.

Netzwerk knüpfen

Handeln anregen



Man kann Probleme nicht wegre-den: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner

Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit gleichgesinnten Menschen, Initiativen und Vereinen.

Neues aus dem Madia

Liebe Leute, nach einiger Zeit Pause kochen ab sofort wieder Flüchtlinge ohne festen Aufenthaltsstatus mittwochs im Madia (Lindenstr.47).

Ab 12 Uhr bis 16 Uhr könnt ihr dort zu moderaten Preisen bosnische Spezialitäten ohne Fleisch kosten.

Wir würden uns darüber freuen, wenn ihr das Angebot weiter erzählt oder mal vorbeischaud, um den neuen Anlauf schnell auf die Beine zu bringen.

Viele Grüße

- Lutz Boede
für das Madia-Team

Hinweis der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Artikel liegen nicht in der Verantwortung der Redaktion.

Impressum

Herausgeber und Verleger:
GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,
Haus der Natur in Potsdam
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
Tel. 03 31 - 20 155 20
Fax. 03 31 - 20 155 22
grueneliga@brandenburg-t-online.de
Internet: www.grueneliga.de
Redaktion: Norbert Wilke,
Christine Titel, Daniela Oehmke
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Preis: 1,00 Euro – bei Mitgliedern im Beitrag enthalten
Auflage: 1.000 Exemplare
Bankverbindungen:
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutzfonds: 1000 55 000
Spendenkonto: 2000 55 000
NL-Bank, BLZ: 180 026 78